

München, 22.08.2018

## Welpenhandel im Internet: SPD fordert strengste Vorschriften für Portalbetreiber

**Tierschutzpolitiker Herbert Woerlein: Zustände der Massenzuchtstationen in Osteuropa sind untragbar - Händlern muss ein Riegel vorgeschoben werden**

Der tierschutzpolitische Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion **Herbert Woerlein** fordert strengste Vorgaben für Tierkäufe im Internet, um wirksam gegen illegalen Welpenhandel vorzugehen. "Händler müssen künftig verpflichtet sein, ihren Namen und ihre Adresse anzugeben, damit sich die Käufe zurückverfolgen lassen", betont Woerlein. In Deutschland erhält laut einer Analyse der Stiftung „Vier Pfoten“ ein Großteil der Händler im Internet die Welpen von osteuropäischen Massenzüchtern. Diese halten die Hunde in dreckigen und viel zu engen Käfigen. Zudem bekommen die Tiere wenig Futter und es gibt keine medizinische Betreuung. Die Hündinnen sind nur zum Werfen da und werden wertlos, sobald sie keine Jungen mehr bekommen können. Dann werden sie häufig ausgesetzt oder brutal umgebracht. Woerlein ist erschüttert über das Leid, das den Hunden zugefügt wird: "Es ist nicht tragbar, dass Tiere bewusst gequält werden und unter katastrophalen Bedingungen leben müssen!"

Österreich und die Schweiz seien bereits mit positivem Beispiel vorangegangen: "In Österreich ist seit 2017 das Inserieren von Tieren privater Halter verboten. Nach dem Tierschutzgesetz besteht dort ein Verkaufsverbot von Tieren auf öffentlich zugänglichen Plätzen, dazu gehört auch das Internet. In der Schweiz können Händler seit dem 01.03.2018 nur noch unter Angabe ihres echten Namens und ihrer Adresse Hunde verkaufen", erklärt Woerlein. "Solche Gesetze brauchen wir in Bayern auch."

Durch die Anonymität etwa auf eBay Kleinanzeigen seien Kontrollen und Rückverfolgungen durch Behörden derzeit beinahe unmöglich, kritisiert Woerlein. Der Landtagsabgeordnete stellt fest: "Hier wird die Wirtschaftlichkeit über das Wohl der Tiere gestellt. Das erfordert dringend Handlungsbedarf!" Woerlein will deshalb zeitnah eine parlamentarische Initiative starten, bei der die oben genannten Maßnahmen gegen den illegalen Welpenhandel gefordert werden.